

Dr. Reiner Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D – 80803 München

Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22 852/4
mail@reiner-bernstein.de

München, 20. Oktober 2014

Herrn
Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Bundesminister des Auswärtigen
Werderscher Markt 1

11013 Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

nach Rückkehr aus Boston finde ich Ihr Schreiben vom 17. September d.J. vor, für das ich mich bedanke¹. Ich hoffe sehr, dass die von Ihnen angesprochenen Vorschläge im Zusammenwirken mit London und Paris im UN-Sicherheitsrat und in der UN-Vollversammlung von Erfolg gekrönt sind und wohl über die Initiative vom 19. August hinausgehen dürften, über welche die hebräische Ausgabe der Tageszeitung „Haaretz“ berichtet und die der französische Präsident François Hollande in New York vorgetragen hat.

Ich bin gespannt, ob Ihre Bemühungen im UN-Sicherheitsrat politische Früchte tragen. Denn nach allem, was ich während des mehrwöchigen Aufenthalts in den USA gehört und gelesen habe, dürften europäische Regelungsideen weiterhin von der Zustimmung Washingtons abhängen. Dabei laden die

¹ Dem Schreiben voraus ging mein Brief an den deutschen Außenminister am 03.09.2014, in dem ich nach einer Begegnung mit ihm am Rande einer Kulturveranstaltung in Potsdam meine Überlegungen zu den Herausforderungen und den Optionen der deutschen und europäischen Diplomatie im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt dargelegt und noch einmal auf die verhandlungstechnisch wegweisende „Genfer Initiative“ verwiesen hatte.

Inzwischen hat das Auswärtige Amt eine Homepage zum 50. Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv im Mai 1965 geschaltet, in der neben ihm – Steinmeier – und Bundeskanzlerin Angela Merkel der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und sein Außenminister Avigdor Lieberman bildlich besonders gewürdigt werden: <https://www.de50il.org/en/topic/politics>. Dass beide Politiker zu den entschiedenen Gegnern eines souveränen Staates Palästina gehören, ist international bekannt.

jüngsten Vorschläge Ihres Amtskollegen John Kerry nicht zu Hoffnungen ein, weil sie bei der Empfehlung an die israelische Regierung, im Zuge neuer Verhandlungen auf der Grundlage der Linien von 1967 sich mit der Palästinensischen Autonomiebehörde ins Benehmen zu setzen, darauf abzielten, einem neuen palästinensischen Antrag in New York zuvorzukommen und überdies eine Absprache mit Präsident Machmud Abbas vermissen ließ. Insbesondere erscheint ohne eine vertragliche Regelung für den moslemischen und christlichen Teil Jerusalems jedes anderweitige Arrangement belanglos.

Der jetzt von der Bundesregierung eingeräumte Nachlass von 30 Prozent bei der Lieferung eines raketenbestückten U-Bootes an Israel setzt allerdings ein irritierendes Zeichen, zumal da die Regierung in Jerusalem kaum darauf zu verpflichten ist, wie und wann sie das Gerät einsetzt. Vor wenigen Tagen hat der wohl renommierteste israelische Wirtschaftspublizist scharfe Kritik an der Haushaltsführung seiner Regierung geübt, weil 2014/15 die übliche Defizitgrenze dramatisch überschritten werde, weil die Militärausgaben nach oben explodieren würden.

Auch in der Politik der Europäischen Union ist ein analytisches Ungleichgewicht erkennbar. Wenn wie zuletzt Botschafter Lars Faaborg-Andersen die Bedrohung Israels durch terroristische Gruppen in Gaza kritisiert, sich aber mit der Aufforderung zur Verbesserung des Lebens der dortigen Bevölkerung begnügt, ohne den disproportionalen Einsatz militärischer Gewalt während der „Operation Schutzschild“ gegen die palästinensische Bewohner angemessen zu kritisieren, vermittelt der EU-Diplomat in Israel den Eindruck, dass die Gewalt von Palästinensern auf einen genetischen Defekt zurückzuführen sei. Somit wird die argumentative Abfolge der „Road Map“ von 2003 fortgesetzt.

Der Frieden für Israel ist ohne den Frieden für die Palästinenser nicht zu haben.

Richard Cohen, bedeutender Kommentator der „Washington Post“, schrieb in seinem Buch „Israel: Is It Good for the Jews?“ (New York 2014), dass für den Staat trotz seines Kampfes mit der „Hisbollah“ im Norden und „ Hamas“ im Süden die Geschichte sein bedeutendster Feind sei und als Besatzungsmacht sein moralisches Monopol im feindlichen Umfeld verloren habe.

Aus schwer nachvollziehbaren bürokratischen Gründen ist es meiner Frau und mir leider nicht gelungen, von Boston aus eine Zutrittskarte zur Besuchertribüne aus Anlass Ihrer Rede vor der Vollversammlung in New York zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

www.reiner-bernstein.de
www.genfer-initiative.de